K-5-2949-6 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: LAG Säkulare Grüne Berlin
Beschlussdatum: 24.02.2021

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 226 bis 227 einfügen:
Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die Ablösung der historischen Staatsleistungen treten. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen der Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere den beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht wird. Bei der Eröffnung des nächsten Abgeordnetenhauses sollte auf den üblichen kirchlichen Rahmen der Veranstaltung verzichtet werden.

Begründung

In Berlin finden zentrale Gedenkveranstaltungen noch immer unter zumeist maßgeblicher Beteiligung der beiden großen christlichen Kirchen statt. Beide repräsentieren allerdings nur noch rund 25 Prozent der Menschen und unserer Stadt. Auch die Beteiligung jüdischer und muslimischer Vertreter*innen spiegelt die Stadtgesellschaft in ihrer Gesamtheit nicht wider.

Die bisherige Praxis führt dazu, dass - etwa bei Trauerveranstaltungen - Angehörige in ihrem Schmerz allein gelassen werden, die keiner der genannten Religionen angehören. Nicht wenige von ihnen empfinden diese Vorgehensweise als Diskriminierung.

Berlin muss neue Veranstaltungsformen entwickeln, die dem wachsenden religiösen- und weltanschaulichen Pluralismus unserer Stadt gerecht werden. Dies hatte bereits im Jahre 2015 eine Fachkommission der Partei unter Leitung von Bettina Jarasch so vorgeschlagen. Dazu gibt es auch einen Grundsatzbeschluss der Partei (http://be.saekulare-gruene.de/nachdenken-ueber-nationale-trauerfeiern/).

Neue Formen der Gedenk- und Erinnerungskultur sollen die abrahamitischen Religionen Judentum, Christentum und Islam keinesfalls ausgrenzen und durch künstlich geschaffene staatliche Rituale ersetzen.

In Zusammenarbeit beispielsweise mit dem Haus der Kulturen der Welt, Humboldtforum und ggf. einem Bürgerforum sollten aber in einem breiten zivilgesellschaftlichen Dialog neue Veranstaltungsformate entwickelt werden, die Berlin besser repräsentieren als die unbesehene Fortschreibung dessen, was schon immer so war.

Neue Formate stärken den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Dies hätte beispielsweise der zentralen Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Terroranschlags am Breitscheidplatz gut angestanden.

Als Zeichen für den Beginn eines Reformprozesses sollte bei der Eröffnung des nächsten Parlaments auf überholte kirchliche Rituale verzichtet werden. Die regelmäßige Eröffnung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses in einem derart überholten Rahmen ist aus der Zeit gefallen. Sie grenzt die große Mehrheit der Stadtgesellschaft aus.